

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
28.01.2014, 13:00 bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Martin Ladstätter
Erich Schmid
Marianne Schulze
Christina Wurzinger

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:
entschuldigt

Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:
Johannes Trimmel

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:
Ursula Naue

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Bernadette Feuerstein
Edwin Ladinser
Silvia Weissenberg
Florian Wibmer

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:
Johanna Mang

Vertreter der wissenschaftlichen Lehre:
Wolfgang Nowak

Büro: Waltraud Palank-Ennsmann
Wolfgang Iser

BSB: entschuldigt

Gebärdensprachdolmetscherin:

Patricia Brück

Resümeeprotokoll

Tagesordnung und Entwurf des Protokolls der letzten Sitzung liegen vor; weiters Entwürfe der Stellungnahmen Gesundheitsversorgung sowie Kunst und Kultur, die Stellungnahme zur Novelle zum Steiermärkischen Behindertengesetz und der Kommentar des Fachausschusses zu Artikel 12 der Konvention.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der Sitzung vom 28. November 2013 wird beschlossen.

3. Umlaufbeschluss Steiermärkisches Behindertengesetz

Der Umlaufbeschluss wird dokumentiert.

4. Stellungnahme Gesundheit

Zum vorliegenden Entwurf gibt es noch abschließende Anmerkungen. Die Stellungnahme wird beschlossen.

5. Stellungnahme Kultur Entwurf

Der Entwurf wird diskutiert und soll noch gemeinsam mit Herrn Trübswasser bei der nächsten Sitzung finalisiert werden. Zum Thema Sport vertreten die Mitglieder die Meinung, dass dieses Thema erwähnt, aber detailliert gesondert behandelt werden soll.

6. Stellungnahme zu Entwurf Fachausschuss Artikel 12 (Rechtsfähigkeit)

Es wird vereinbart, dass die Vorsitzende eine Stellungnahme innerhalb der Frist bis Ende Februar 2014 an den Fachausschuss übermitteln wird.

7. Reflexion öffentliche Sitzung

Diskutiert werden mögliche weitere Schritte in Folge der Ergebnisse der öffentlichen Sitzung. Angemerkt wird, dass bei vielen Themen Unklarheit über die Federführung besteht. Die Vorsitzende berichtet, dass die Regierung aufgefordert ist, innerhalb eines Jahres einen Folgebericht zu den Empfehlungen abzugeben. Die Vorsitzende wird versuchen, eine Aufstellung zu verfassen, bei der die Maßnahmen des NAP, die Handlungsempfehlungen von Genf, die Äußerungen bei den öffentlichen Sitzungen und die Stellungnahmen des Ausschusses gegenübergestellt werden. 1 Jahr nach den Empfehlungen soll es einen Überblick geben, von wem und in welcher Weise die Umsetzungen aktiv angegangen wurden.

8. Thema öffentliche Sitzung im Mai 2014

Zur Logistik wird mitgeteilt, dass alle geeigneten Räumlichkeiten am 29. April vergeben sind. Daher wurde als neuer Termin der 6. Mai 2014 gewählt. Herr Trübswasser wird noch einen Lokalausweis zur Barrierefreiheit im Neuen Rathaus durchführen.

Das Thema soll Fragen des Föderalismus berühren. Ausgegangen wird von der Tatsache, dass die Anträge auf Sachwalterschaft steigen, weil häufig Anträge auf verschiedene Maßnahmen nicht mehr ausgefüllt werden können. Stichwort „Barrierefreiheit von Anträgen“. Die Motivation, einen Antrag zu stellen, sinkt, wenn es Schwierigkeiten gibt. Hingewiesen wird auf eine Defizitorientierung von Anträgen, die Personen davon abhält. Vorschläge für den Titel der öffentlichen Sitzung sind willkommen. Die Vorsitzende wird einen Entwurf für ein Diskussionspapier erstellen. Die Diskussionsgrundlage muss spätestens Mitte März 2014 beschlossen und Anfang April online sein.

Am Vormittag des Sitzungstages soll ein Vernetzungstreffen mit den Länderorganen stattfinden.

9. Bericht Begleitgruppe NAP 8. November 2014

Herr Ladstätter berichtet. Auf die Notwendigkeit von Indikatoren, die in einem ausführlichen Prozess erarbeitet werden müssten, wird eingegangen. Die Länder waren zahlreich vertreten, haben sich allerdings inhaltlich kaum eingebracht. Der Ausschuss diskutiert Möglichkeiten, die Arbeit der Begleitgruppe effektiver zu gestalten.

10. Bericht Arbeitsgruppe Übersetzung vom 17. Jänner 2014

Die Vorsitzende berichtet. Folgetermine finden am 30.01. und 25.02. statt.

11. Jahresbericht 2013 an den Bundesbehindertenbeirat - Puktation

Die Vorsitzende wird eine Puktation ausarbeiten. Sie ersucht, die Teilnahme bei Vorträgen mitzuteilen. Inhalt: Wichtigste Stellungnahmen, STN Genf und Handlungsempfehlungen, Anregung struktureller Änderungen des Beirats, Begleitgruppe NAP, Arbeitsgruppe BMJ, Europäische Monitoring-Mechanismen.

12. Jahresschwerpunkte Offene Themen & Stellungnahmen

- | |
|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Elternberatungsmöglichkeiten 2. Finanzierung/Etablierung von Selbstvertretung 3. Barrierefreies Budget, Wirkungsfolgenabschätzung 4. Disability Studies 5. Föderalismus 6. Handlungsempfehlungen 7. Datenlage 8. Sport |
|--|

13. Termine

Nächste Sitzung des MA: 17. März 2014, 13.00 – 16.00 Uhr, BMASK, Saal IV Radetzky

Öffentliche Sitzung: 6. Mai 2014 in Linz (Neues Rathaus), 13.00 – 17.00 Uhr

Große Sitzung im Juni 2014 (4. oder 11. Juni) zum Thema Schnittstelle Behindertenhilfe/Gesundheitsversorgung unter Einbindung der Länder, Hauptverband, Behinderten- und Gesundheitssprecher der Parteien.

14. Allfälliges

Zum Thema Gesundheitsversorgung aus Anlass der Stellungnahme ist eine Presseaussendung geplant.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)